

**Antrag Nr.:** 3  
**Antragsteller:** Kreisvorstand

### **Zur Weiterleitung an die Landtags- und Bundestagsfraktion**

#### **Zukunftsweisende Konzepte im Wohnungsbau und der Stadtentwicklung**

Auch im Kreis Paderborn und insbesondere in der Stadt Paderborn haben die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt, die wir insgesamt in NRW beobachten können, nicht halt gemacht:

- Überproportional steigende Mieten,
- Mangelndes Angebot an bezahlbaren Wohnungen,
- Steigende Bodenpreise,
- Verdrängung und Veränderungen in alten Wohnquartieren.

Unter maßgeblicher Leitung der SPD in der Stadt Paderborn konnte eine neue Mehrheit im Rat eine Wende in der Wohnungspolitik einläuten. Die Gründung eines in kommunaler Hand liegenden Unternehmens zur Wohnbauförderung war eine richtige und konsequente Entscheidung. Der Widerstand aus Kreisen, die sich „privat statt kommunal“ auf die Fahnen geschrieben haben, ist enorm gewesen. Umso erstaunlicher auch die Argumentation, dass diese Entscheidung den Interessen der Paderborner Handwerkerschaft und Bauwirtschaft zuwiderläuft. Das Gegenteil ist der Fall.

Wir als Sozialdemokratie sind erschrocken darüber, dass es politische Kräfte in Paderborn gibt, die lieber dafür streiten, privates Gewinnstreben und Besitz zu unterstützen als den Wohlstand der Stadt zu mehren.

Wir sind davon überzeugt, dass Wohnen ein Menschenrecht ist und zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört. Wir sind davon überzeugt, dass der Konflikt mit den Kapital- und Anlegerinteressen nicht auf dem Rücken der Mieter- und kleinen Hausbesitzerinteressen ausgetragen werden darf.

Daher ist es nicht nur eine Frage des Wohnens, sondern auch der sozialen Stadtentwicklung, die damit verbunden ist. Wir brauchen ein Mehr an gemeinwohlorientierter, sozialer und ökologischer Stadtentwicklung.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass Bund und Land für zukunftsweisende Konzepte mehr Fördermöglichkeiten und Unterstützung schaffen.

Zur Regulierung von Grundstücksmärkten und Bodenpreisen verweisen wir auf das bereits in den 70er Jahren vom damaligen Wohnungsbauminister H. J. Vogel entwickelte Konzept einer Bodenwertsteuer. Wir bitten Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen und insbesondere die Einführung einer Grundsteuer C für bereits in Bebauungsplänen erschlossene Grundstücke im Rahmen der Neuordnung der Grundsteuern zu berücksichtigen.

Im Zuge der Stärkung stadtteilbezogener Förderung und des Ausbaus von Stadtquartieren im sozialen, ökologischen sowie pflege- und gesundheitspolitischen Kontext, brauchen die Kommunen mehr Planungsinstrumente, mehr Eingriffsmöglichkeiten und Flexibilität bei der Anwendung der Landes- und Bundesförderungen.